Nummer 148 — Halle, Sonntag, den 27. Juni 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Zeitungsbestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Verlag in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Berechnung. Verlagsgebäude Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete gab Finanzminister Dr. Reinhold ein Bild der Reichsfinanzen, wobei er betonte, daß der Reichshaushalt nur im Gleichgewicht gehalten werden könne, wenn die leichte Belebung der Wirtschaft anhalte und keine Forderungen im Nachtragsetat gestellt würden, die unsere Etatswirtschaft in Unordnung brächten. — Das klingt schon ganz anders als der bisherige Optimismus, denn die Fortdauer der „leichten Belebung der Wirtschaft" ist außerordentlich zweifelhaft.

❖

Die Technische Nothilfe ist anläßlich der Hochwasserkatastrophe zu Hilfeleistungsarbeiten bisher an 14 Stellen mit zusammen 800 Nothelfern zum Einsatz gekommen. Die Einsätze in den letzten Tagen erstrecken sich hauptsächlich auf das Elbe- und Oderflußgebiet. Ein neuer großer Einsatz wurde am Donnerstag bei Seehausen, Groß- und Klein-Wanza, südlich Wittenberge, notwendig, wo die Nothelfer der Ortsgruppen Osterburg, Seehausen und Wittenberge im Verein mit Pionieren an der Aufhöhung eines 13 Kilometer langen Sommerdeiches beschäftigt sind.

❖

Im Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages fand ein deutschnationaler Initiativgesetzentwurf betreffend Ermöglichung der Kapitalbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter durch Einführung des Registerpfandrechts seine Erledigung. Im allgemeinen waren sich alle Parteien über die Notwendigkeit einer besonderen gesetzlichen Regelung dieser Frage einig. Nach eingehender Beratung darf erwartet werden, daß in aller kürzester Zeit das Gesetz durch den Reichstag angenommen wird.

❖

Im polnischen Sejm wurde im dritten Wahlgang der zurückgetretene Sejmmarschall Rataj wiedergewählt. Rataj hat die Wahl angenommen.

❖

Aus Dänemark wird die Verhaftung des Bauernführers Cornelius Petersen gemeldet, dessen Bewegung „Selbstverwaltung der Bauern" einen staatsgefährlichen Umfang anzunehmen drohte.

❖

Der in London tagende Vollzugsausschuß der Bergarbeiterinternationale hat den Beschluß gefaßt, die englischen Bergarbeiter soweit wie irgend möglich finanziell zu unterstützen und in den außerenglischen Ländern nachdrücklicher als bisher darauf hinzuarbeiten, die Ausfuhr von Kohle nach England zu verhindern.

❖

Angesichts des Steigens der Mehlpreise wird der Brotpreis in Paris ab 1. Juli von 2,30 auf 2,45 Franken für das Kilogramm heraufgesetzt.

❖

In Syrien wurde die Frau eines französischen Kommandanten auf der Rückreise von Homs von ihrer Eingeborenenescorte im Auto ermordet und beraubt. Auch der Chauffeur wurde getötet.

Nach einer im Pariser „Matin" veröffentlichten Meldung ist eins der seinerzeit nach Marokko entsandten Truppenkontingente wieder in Syrien eingetroffen.

❖

Das faschistische Gewerkschaftsblatt „Lavoro d'Italia" tritt in einem Leitartikel in äußerst bemerkenswerter Weise für eine enge Verständigung zwischen Italien und Deutschland als besten wirtschaftlichen und militärischen Rückhalt Italiens ein. — Wann wird diese vernünftige Realpolitik in beiden Ländern siegen?

❖

Man erwartet in Spanien, daß der Ministerpräsident Primo de Rivera eine Volksabstimmung vorschlagen wird, das aufgelöste Parlament durch ein lediglich beratendes Wirtschaftsparlament zu ersetzen. — Auch das wäre ein interessanter Beitrag zur Frage des Ersatzes des diskreditierten Parlamentarismus.

❖

Die Ablehnung der amerikanischen Vorschläge betreffend die Beschränkung der Tonnagezahl für U-Boote durch die Marinesachverständigen der Genfer Abrüstungskonferenz hat in amerikanischen amtlichen Kreisen große Ueberraschung ausgelöst. Es wird darauf hingewiesen, daß die Tonnagebeschränkung der Hauptpunkt der Verträge von Washington ist, die auch von Italien und Frankreich unterzeichnet worden sind.

❖

In Panama (Mittelamerika) ist der panamerikanische Kongreß zur Feier des 100. Jahrestages des Kongresses sämtlicher Nationen Amerikas zusammengetreten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Bildung eines Völkerbundes der amerikanischen Nationen befürwortet wird. Der südamerikanische Staat Bolivien erhob als einziger Widerspruch.

Düstere Finanzlage Preußens.

Die Duisburger Hafen A.-G.

Der Preußische Landtag stimmte in seiner Freitagsitzung zunächst mit den Stimmen der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten dem Gesetzentwurf endgültig zu, der die Uebertragung der staatlichen Hafenanlagen in Duisburg an eine Aktiengesellschaft regelt, in der der Staat mit zwei Dritteln, die Stadt Duisburg mit einem Drittel der Aktien vertreten ist. Vorsitzender des Aufsichtsrates dieser Aktiengesellschaft wird der jeweilige Oberbürgermeister von Duisburg sein; dem Aufsichtsrat gehören aber auch mindestens fünf Mitglieder des Preußischen Landtags an. (Ob der Oberbürgermeister und die Mitglieder des Aufsichtsrats Sondervergütungen für ihre Tätigkeit erhalten oder sie ehrenamtlich bzw. im Rahmen ihrer sonstigen Verpflichtungen ausüben, ist aus dem vorliegenden Bericht nicht ersichtlich.)

224 Millionen Defizit.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff (Dem.) gibt dann ein Bild der Folgen des Reichsfinanzausgleichs und seiner Auswirkung auf die Länder, insbesondere auf Preußen und seine Gemeinden. Der Fehlbetrag für 1925 sei in der Hauptsache durch die Ueberschüsse des Jahres 1924 gedeckt worden. Es sei mit einem Fehlbetrag von 161 Millionen zu rechnen. Der Stand der preußischen Schatzscheine belaufe sich auf 160 Millionen. Auch das Reich gehe jetzt daran, sich die Möglichkeit solcher Schatzscheine, und zwar zu einem Betrage von 400 Millionen Mark, zu verschaffen.

Das vorgesehene Gleichgewicht [illegible] für 1926 sei durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse zerstört worden. An Ausgaben mußten 167 Millionen mehr eingesetzt werden. Davon entfallen auf die Erwerbslosenfürsorge 140 Millionen, auf den Polizeietat 15,6 Millionen mehr als vorgesehen.

Es müsse der Versuch gemacht werden, die Mehrausgaben zu decken. Der Hauptausschuß habe den Vorschlägen des Finanzministeriums zugestimmt, die Einnahmesätze bei der Lotterieverwaltung, der Preußag, sowie der Grundvermögensteuer zu erhöhen und außerdem die vom Staate gegebenen Saatgutkredite hereinzunehmen, wodurch insgesamt etwa 71,9 Millionen gewonnen werden könnten. Weitere 25 Millionen sollten aus jenem Staatsfonds entnommen werden, der seinerzeit für die Notgeldbedeckung bereitgestellt war und keine Verwendung fand, weil das Notgeld in völlig entwertetem Zustande zurückgenommen wurde.. Durch diese und andere Maßnahmen würden wiederum über 52 Millionen frei. Dazu komme dann die Absicht, die Ausgaben um etwa 33,9 Millionen und auch die einmaligen Ausgaben etwas zu kürzen, so daß alles in allem sich eine Verbesserung von 171 Millionen ergebe, die die Mehrausgaben von 167 Millionen also noch übersteige.

Dabei bleibe aber ein Fehlposten von 63 Millionen offen,

nämlich der, daß das Hauszinssteuergesetz nach den Beschlüssen der dritten Lesung nicht das Ergebnis bringen wird, mit dem die Regierung bei der Aufstellung des Etats rechnete.

Neue Steuern und Ausgaben.

Eine Amerikaanleihe für Erwerbslosenunterstützung.

Es würde unvermeidlich sein, zur Deckung des Fehlbetrages mehr Steuern und Abgaben zu erheben. Wir müssen vielleicht damit rechnen, daß die Erwerbslosenziffer im Laufe dieses Jahres jedenfalls nicht zurückgehen wird. Auf die Dauer wird es jedoch nicht möglich sein, die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung aus laufenden Einnahmen zu decken. Es ist deshalb ein Referentenentwurf in Arbeit, der für Zwecke der Erwerbslosenfürsorge eine Reichsausgleichskasse schaffen will. Man muß die Frage erörtern, ob nicht durch eine Anleihe die Mittel für diese Kasse beschafft werden können. Es gibt ferner gewisse Ausgaben, die immer wieder geleistet werden müssen, wie z. B. solche aus Hochwasserschäden. Das Finanzministerium wird aber die Verfassungsbestimmung, „keine Ausgaben ohne Deckung" auf das bestimmteste interpretieren.

Zur Anleihepolitik Preußens erklärt der Minister, daß die Amerikaner uns weit entgegengekommen wären, mit den mit ihnen wie Verhandlungen im Herbste wieder aufgenommen werden würden. Trotzdem die Lage ernst [illegible] schloß der Minister, können wir mit einem gewissen Zuversicht in das neue Jahr hineingehen.

Die Opposition

Der erste Debatteredner, der Abg. Dr. von Kries (Dn.), konnte diesen Optimismus nicht teilen. Er bedauerte, daß die Lebensmitteleinfuhr um müber 14,6 Millionen zugenommen habe und daß man sogar Frühkartoffeln einführe, was als Luxus verboten werden müsse. Wenn wir das stehende Heer noch hätten, das mit seinen Aufträgen die Wirtschaft befruchtete, würden wir die Arbeitslosigkeit nicht so spüren. Alle Redner waren mit dem Abg. Dr. Leidig (DVP.) einig in ihrer Zustimmung, daß der Staat für werbende Zwecke Anleihen aufnehmen könne. Das Bedauern über die anhaltende Erwerbslosigkeit, das sich durch alle Reden zog, veranlaßte den Kommunisten Kotzwill zu der Erklärung, daß die Erwerbslosigkeit solange anhalten werde, wie der Kapitalismus am Ruder sei. (Als ob es in Rußland nicht viel schlimmere Erwerbslosigkeit und Verelendung gäbe!)

109 Millionen Defizit bei der Reichsbahn.

Nach dem Bericht über die Betriebsverhältnisse, Verkehrsleistungen und Geschäftsergebnisse der Deutschen Reichsbahn im Vierteljahr von Januar bis März 1926 betrugen die Gesamteinnahmen 919 022 000 M., die Gesamtausgaben 1 028 658 000 Mark. Es war also eine Mehrausgabe von 109636000 Mark zu verzeichnen, die aus den Rückstellungen des Jahres 1925 gedeckt wurde. Gegenüber der Gesamteinnahme des ersten Vierteljahres 1925 bleibt die des gleichen Abschnittes im Jahre 1926 um 129 331 000 Mark zurück, d. h. 1926 brachte gegenüber dem Vorjahr eine Einbuße von 12,3 Prozent.

Die Einnahmegestaltung ist, wie der Bericht bemerkt, die Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage. Im Güterverkehr entstanden bedeutende Einnahmeausfälle durch den äußerst mäßigen Bedarf an Kohlen für Hausbrand und für Industriezwecke. Die Mindereinnahmen erforderten wesentliche Einschränkungen bei den Ausgaben. Zur völligen Deckung der Ausgabeverpflichtungen mußte die Rücklage aus 1925 in Anspruch genommen werden.

Werden Ausländer höher aufgewertet?

[illegible]gen Abg. Dr. Gräfe und Dr. Best haben eine Anfrage im Reichstag eingebracht, ob es richtig sei, daß die Reichsregierung sich verpflichtet oder in Aussicht gestellt habe, deutsche Markanleihen, die im Besitz von Ausländern sind, unbedingt oder unter gewissen Voraussetzungen voll oder doch zu einem höheren als dem im Ablösungsgesetz vorgesehenen Betrage abzulösen. Ferner wird gefragt, ob es richtig sei, daß die Regierung Kommissionen ausrüste, die im Auslande Nachforschungen darüber anstellen sollen, welche Beträge an deutschen Markanleihen dort vorhanden seien, die für eine erhöhte Ablösung in Betracht kommen, und ob im Falle der Bejahung der ersten Frage Sicherheit dagegen geschaffen werden sollte, daß keine Verschiebung deutschen Besitzes ins Ausland zu dem Zwecke erfolgen könne, um an den erhöhten Ablösungen widerrechtlich teilzunehmen.

Revolutionsversuch in Spanien.

In Spanien ist ein Revolutionsplan gegen den Ministerpräsidenten und Diktator Primo de Rivera aufgedeckt worden. Die Ursprünge der Bewegung sind unklar, da sie einerseits als Verschwörung der Kommunisten andererseits der Intellektuellen und des Liberalismus bezeichnet wird. Die Hauptorte der Verschwörung sind Barcelona und Valencia, so daß sie offenbar auch mit den bekannten separatistischen Tendenzen der Mittelmeerprovinz Katalonien zusammenhängt. Hauptträger sind unzufriedene Offiziere

Durch Verhaftung der Führer, darunter des spanischen Volkshelden General Weyler und des früheren Kriegsministers General Aguilera scheint die Bewegung rechtzeitig niedergeschlagen zu sein. Jedenfalls ist das Königspaar gestern ruhig über Paris nach London abgereist.

Die holländisch-indische Polizei hat in einem chinesischen Hotel in Batavia (Insel Java) 20 Chinesen verhaftet, die sämtlich führende Persönlichkeiten der indischen Abteilung der chinesischen kommunistischen Organisation Kou Ming Tang sind und mit dem Hauptquartier dieser Bewegung in Kanton in reger Verbindung standen.

Wenn die Not nicht wäre!

Was muß geschehen?

Wenn die Not nicht wäre, wenn wir in gesicherten und gefestigten Verhältnissen lebten, wie heute von allen größeren Völkern der Welt allein die Amerikaner, dann könnten wir uns den Luxus erlauben, uns nicht um die Politik zu kümmern. Oder könnten das groteske Spiel des Parlamentarismus, das jetzt mit der Debatte über das Fürstenkompromiß den Höhepunkt zu erreichen beginnt, mit den Augen des lachenden Philosophen betrachten.

Aber die Not ist da. Riesengroß. Ständig wachsend. Die wirtschaftliche Not der Millionenarbeitslosigkeit, des schlechten Geschäftsganges in Industrie, Landwirtschaft und Handel, der Geldknappheit und Sorge bei der großen Masse der mittleren Angestellten und Beamten. Und die seelische Not, daß diese riesigen Millionenmassen, die nach Sicherheit der Existenz und einer dem hohen Zivilisationsstand des Durchschnittes unseres Volkes entsprechenden Breite und Gehobenheit der Lebenshaltung verlangen, keinen Ausweg und keine Rettung sehen. Schiffbrüchige sind wir, die, an Trümmer geklammert, in stürmischer See treiben und nirgends Land sehen und nirgends Rettung aus dem furchtbaren Element, in dem wir zu versinken drohen.

Eine einzige Gruppe gibt es im deutschen Volk, die eine Rettungsmöglichkeit und festes Land zu sehen glaubt und daher seelisch stärker ist als alle anderen: die Kommunisten. Zwar ist das, was ihnen vorschwebt, nur eine Fata Morgana, nur ein Trugbild. Zwar würde die Erreichung ihres Zieles nicht nur das Sterben jener „20 Millionen Deutsche zuviel" des „Tigers" Clemenceau, sondern das Sterben unserer gesamten Stadtbevölkerung von mehr als 40 Millionen sein, — weil bei uns ¾ des Volkes von der dann zerbrechenden Industrieproduktion leben (in Rußland nur 10 bis 15 Prozent, die von der Landwirtschaft mit Kartoffeln und Getreide leben. Wer [illegible] hinaus denken die Kommunisten, deren Sehnsüchtige nicht, sie sehen nur die reitende Kosaken-insel und fragen nicht, ob diese sie ernähren kann. Und dieses Sehen einer Rettung gibt ihnen die seelische Ueberlegenheit, gibt ihren Anschauungen die gefährliche Propagandakraft, die das ganze verzweifelt mit den Wellen der Not ringende Volk zu gewinnen und ihm dann zum Verhängnis zu werden droht.

❖

Deutlicher als wir, denen die Schaumkämme der Wellen den Ueberblick erschweren, sehen unsere Nachbarvölker die Gefahr. Nicht nur aus Wien, von woher wir bereits berichteten, sondern auch aus der Schweiz, aus Holland, England, Schweden und Amerika kommen jetzt die Pressestimmen zu dem Volksentscheidergebnis und sprechen aus, worum es am 20. Juni ging: es war eine zweite, die innerpolitische Schlacht von Tannenberg, ein nochmaliges siegreiches Zurückschlagen der russischen Gefahr. Besonders die Engländer gestehen ganz offen, daß das deutsche Volk am 20. Juni eine historische Tat von Weltbedeutung und weltgeschichtlicher Größe begangen, daß es den Untergang des Abendlandes abgewehrt hat.

Aber die Fremden bedenken nicht, daß Tannenberg nicht der Endsieg über die Russen war, daß die schwersten russischen Angriffe, bis zuletzt zur furchtbaren Brussilowoffensive, uns erst noch bevorstehen. Wir selber wissen es, müssen es fühlen, sehen und wissen, wenn wir die seelische Stoßkraft der Kommunisten und die Zielsicherheit aller übrigen Teile unseres Volkes vergleichen. Noch trösten wir uns damit, daß ja vorläufig der Parlamentarismus und die Parlamente und parlamentarischen Regierungen noch bestehen, die uns bisher schlecht und recht gesteuert haben. Aber die Parlamentarier selber geben es offen zu, daß ihre Kraft zu Ende ist.

❖

Der Zerfall der Mitte, die uns bisher regiert hat, ist in vollem Gange.

Einst hielten die Demokraten, die 1919 die größte Partei des Bürgertums waren, zusammen mit den damals noch innerlich starken Sozialdemokraten und mit Hilfe der vaterländischen Organisationen den Bolschewismus ab. Heute ist die demokratische Partei auf 32 Abgeordnete zusammengeschmolzen und fluchtartig verlassen immer mehr Besonnene ihre Reihen. Die Sozialdemokratie sieht, daß sie mit ihren Zielen, die sie im Verein mit den Demokraten zu erreichen hofften, gescheitert ist, und treibt aus Selbsterhaltungstrieb in das radikale Lager.

Dem Zentrum, das nach der Revolution die typische Partei der Mitte wurde, sind beim Volksentscheid gut 2 Millionen Wähler der Parteiparole untreu geworden und haben mit der Linken gestimmt. Da rächt sich jetzt furchtbar, daß diese auf religiöser Grundlage aufgebaute Partei ihre religiösen Ziele hinter den weltlichen Zielen des Machtgewinns zurücktreten ließ und dem religionsfeindlichen, die Fundamente der Partei untergrabenden marxistischen Materialismus nicht entgegentrat. Nun hat der religiöse Einfluß seine Macht über Millionen Arbeiterwähler des Zentrums verloren, während die wirklich religiös gebliebenen Mitglieder irre geworden sind an der Partei. Wenn morgen eine Neuwahl käme, könnte es dem Zentrum wie den Demokraten gehen; der äußere Zusammenbruch der Partei wäre nur die kaum aufhaltende Folge des inneren, geistig-seelischen Zusammenbruchs, der ihr die Daseinsberechtigung entzogen hat.

So ist die Mitte in voller Auflösung, und das muß auch für die Deutsche Volkspartei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260627016/fragment/page=0001

sehr schwerwiegende Folgen haben. Denn ihre ganze bisherige Stellung und Politik beruhte letzten Endes darauf, daß es eine starke Mitte gab, und daß die — zeitweise ja auch verwirklichte — Aussicht bestand, die Sozialdemokraten aus dem revolutionären Lager zur Mitte herüberzuziehen. Angesichts der Zersetzungserscheinungen bei der Mitte und der Radikalisierung der Sozialdemokraten müssen sich im Lager der Volkspartei die Stimmen derer mehren, die nicht mehr an die bisherige Mitte glauben und die daher entsprechend dem Abschwenken der Sozialdemokraten nach links ein endgültiges Abschwenken der Volkspartei, und zwar nach rechts, für notwendig halten.

*

Geht die Entwicklung so weiter wie jetzt, so ist das Ergebnis eine große Linke und eine große rechte Gruppe, von denen keine das parlamentarische Uebergewicht hat und daher auch nicht parlamentarisch regieren kann. Das wäre das Ende des Parlamentarismus und der Anfang des Kampfes um die außerparlamentarische, die diktatorische Gewalt, in den auch das friedliche Volk mit hineingerissen würde.

Es scheint, daß man sich zwar auf der Linken dieser Konsequenzen bewußt ist, aber nicht auch auf der Rechten. Andernfalls ist die bisher im Rechtsausschuß des Reichstags gezeigte unnachgiebige Haltung der Deutschnationalen schwer verständlich. Denn die Führer dieser Partei müssen wissen, daß wohl eine regelrechte Linksdiktatur möglich ist, weil die Linke den kampfbereiten Millionenblock des marxistischen Proletariats zur Verfügung hat, daß aber keine wirkliche Rechtsdiktatur möglich ist. Denn mit dem friedlichen Koloß des breiten Bürgertums kann man keine Diktaturen errichten, und die rechtsstehende Arbeiterschaft und die nationalen Verbände, selbst wenn sie wirklich so ohne weiteres für eine Rechtsdiktatur zu haben sein sollten, haben nicht die Macht in den Betrieben und reichen daher zur Inganghaltung der Wirtschaft nicht aus.

Es gibt nur zwei Diktaturmöglichkeiten — man denke an die mittlerweile jetzt so zahlreichen Beispiele im übrigen Europa: die proletarische oder die militärische; aber keine bürgerliche. Und für die Rechte scheidet sowohl die proletarische als die militärische aus (auf die Reichswehr kann die Rechte vernünftigerweise nicht rechnen, da die Reichswehr zwar durch und durch national, aber innenpolitisch durchaus neutral ist).

*

Wenn die Not nicht wäre, brauchte man an all die bitterernsten Möglichkeiten nicht zu denken. Aber die Not ist da und wächst. Und die Not treibt. Wenn die Rechte ihr nichts entgegenstellt, treibt die Not uns in die Linksdiktatur — und in dreifach furchtbareres Schicksal als in Rußland.

Aber die Rechte kann ihr etwas entgegenstellen. Nicht die Diktatur, sondern einen gewaltigen Block der Gegner der Linksdiktatur. Diesen Block zu bilden, ist die einzige wirklich richtige innenpolitische Aufgabe des Augenblicks. Ihr müssen alle Sonderfragen und Sonderwünsche, vor allem in so unwesentlichen Fragen wie die der Fürstenvermögen, im Interesse der Volksgesamtheit und der Existenzsicherung der Nation untergeordnet werden.

*

Natürlich ist dieser Block nicht leicht zu bilden. Wir kennen die persönlichen und die parteimäßigen Unterschiedlichkeiten und die sachlichen Schwierigkeiten. Aber die innere Lage ist heute wie die äußere 1914. Wenn damals die Einheitsfront aller zur Rettung des Vaterlandes Bereiten möglich war, ist sie es heute auch. Das große Ziel muß nur auch mit Größe erstrebt werden.

Den Ausgangspunkt muß bilden die Arbeitsgemeinschaft der Deutschnationalen mit der Volkspartei, die infolge Zerfalls der Mitte sowieso eine Umorientierung zu tun muß. Bei einem entsprechenden Einlenken auch der Deutschnationalen — wie das zu jedem Vergleich gehört — sollte, wenn nicht der Wille zu großen Zielen jede Macht über den engen Parteigeist verloren hat, die Verständigung durchaus möglich sein. Personenfragen müssen dabei zugunsten der Sache ausschalten, das Gegenteil würden die Wähler im Lande einfach nicht verstehen.

Sind Deutschnationale und Volkspartei wirklich fest geeint, so schließen sich Wirtschaftspartei und Bayrische Volkspartei unschwer zur Arbeitsgemeinschaft an. Daraufhin kann das Zentrum vor die Frage gestellt werden, ob es am Aufgeben seines religiösen Fundaments zerbrechen oder zu seinem religiösen Fundament zurückkehren und damit in die antimarxistische Front einschwenken will. Natürlich muß dann jeder kulturkämpferische Gedanke begraben werden. Notfalls muß sogar, so schwer das dem Protestanten werden mag, der hohe Klerus und selbst der Papst angegangen werden, wenn die ehrgeizigen Linkspolitiker des Zentrums Neigung zeigen, lieber das religiöse Fundament der Partei zu opfern, als eine antimarxistische Arbeitsgemeinschaft einzugehen; denn ohne Zentrum ist das antimarxistische Einigungswerk zur Unfruchtbarkeit verdammt.

Auch vor den Demokraten darf der Einigungsversuch nicht Halt machen. Diese Partei war bei ihrer Entstehung und in ihrer Blüte Hauptstoßzähne gegen den Bolschewismus. Bei großzügiger gegenseitiger Toleranz im Interesse des rettenden Zieles ist es angesichts des Schwindens der Möglichkeiten einer Regierung der Mitte durchaus denkbar, daß die demokratische Partei in ihre ursprüngliche Stellung gegen die rote Flut zurückgekehrt. Man soll nur auch die persönlichen und parteimäßigen Schwierigkeiten nicht von vornherein höher schätzen als den guten Willen und Idealismus auch dieser Partei, dem Ganzen zu dienen.

„Wenn die Not nicht wäre!" Sie allein gilt es zu bedenken und die Gefahr, die aus ihr droht. So schwinden alle Meinungsverschiedenheiten unter den nichtmarxistischen Parteien zu Dingen zweiten Grades herab und lassen sich überwinden. Und dann richtig und des großen Zieles bewußt weitherzig die Aufgabe anpacken! An Plänen und Möglichkeiten fehlt es nicht. Aber vielleicht fehlt der überlegene parlamentarische Führer zu diesem Werk. Dann soll man sich an den großen Einiger unseres Volkes und Reichspräsidenten, an Hindenburg, wenden. Sein Wort ist stärker als das aller anderen. Und Hindenburg wäre zugleich Bürgschaft dafür, daß die notwendige Arbeitsgemeinschaft der Antimarxisten nicht etwa reaktionär und arbeiterfeindlich wird, daß sie vielmehr den Anfang bildet zu dem letzten Ziele aller Innenpolitik, zum Wiederaufbau einer echten Volksgemeinschaft wie 1914, bei der „Bürger, Bauer, Edelmann" mit dem deutschen Arbeiter in einer Front steht, diesmal zur Abwehr des inneren Feindes: der Not.

Dr. H. Elze.

Angemessene Lebenshaltung der Fürsten.

Im Rechtsausschuß des Reichstages ist man gestern in der Fürstenvermögensfrage ein gutes Stück weitergekommen. Angenommen wurden die §§ 10 und 11 des Entwurfs, die die Frage der Theater, Schlösser, Parks und Kunstschätze regeln, ebenso die §§ 12—14, nach denen den Mitgliedern der vormals regierenden Fürstenhäuser auf jeden Fall eine angemessene Lebenshaltung gesichert werden soll. Auf Antrag der Sozialdemokraten, dem die Volksparteiz zustimmte, beschränkt sich diese Zusicherung auf die jetzt lebenden Mitglieder der Fürstenhäuser. Soweit die zugewiesenen Vermögensstücke zur angemessenen Lebenshaltung nicht ausreichen, soll eine Rente gewährt werden.

Angenommen wurden auch die §§ 15 (Rechte Dritter bleiben unberührt) und 16, wonach die Fürsten bei der Aufwertung nicht schlechter gestellt werden sollen als alle übrigen Deutschen. Ferner wurden die §§ 17 und 18 angenommen, wonach bis zum Ablauf des Jahres 1950 Kapitalbeträge und Rentenzahlungen an die Fürsten nur für ihre privatwirtschaftlichen Bedürfnisse oder zu wohltätigen oder kulturellen Zwecken verwendet und ausgezahlte Kapitalien nur mit Genehmigung des Landes ins Ausland verbracht werden dürfen. Bei Zuwiderhandlungen entscheidet auf Antrag des betreffenden Landes das Sondergericht, ob fällige Kapitalien oder Renten einbehalten und etwa schon gezahlte zurückgefordert werden können. Der § 18 wurde bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Völkischen gegen die Kommunisten angenommen.

Schlußberatung am Sonnabend.

Polizei und Strafprozeßordnung.

Im Zusammenhang mit dem seinerzeit gemeldeten Zusammenstoß anläßlich der Beratung des Polizeietats im Preußischen Landtag zwischen dem Ministerialdirektor Abegg und dem Abg. Dr. Meyenthin (DVP.) hat die deutschvolksparteiliche Fraktion eine kleine Anfrage eingebracht, in der sie nochmals detailliert fragt, ob bei den zahlreichen Durchsuchungen, die aus Anlaß der Vermutung eines Rechtsputsches von der Polizei vorgenommen worden sind, der § 110 der Strafprozeßordnung beachtet wurde.

Insbesondere soll geklärt werden, ob eine Durchsicht der Papiere des von der Durchsuchung Betroffenen nur durch den Richter erfolgt ist bzw. ob der Inhaber der Papiere, falls deren Durchsicht durch andere Beamte vorgenommen sein sollte, dies vorher genehmigt hat, und schließlich, wie es möglich gewesen ist, daß Teile der beschlagnahmten Papiere in der Presse veröffentlicht wurden.

Das Staatsministerium soll sich darüber äußern, falls Verstöße seitens der Polizeibehörden vorgekommen sein sollten, wie dies gesühnt werde, und endlich, als welchen Gründen der Ministerialvertreter in der Landtagssitzung die erwähnten Fragen nicht beantwortete.

Die Mißstände bei der Branntweinmonopolverwaltung.

In der Freitagsitzung des Reichstagsuntersuchungsausschusses für die Branntweinmonopolverwaltung erstattete Abg. Dr. Preyer (Dn.) Bericht über „Schwarzbrennereien, Schmuggel, Hinterziehungen, Spritschiebungen". In den Jahren 1924/26 sind im ganzen 6000 Fälle von Vergehen gegen die Bestimmungen des Branntweinmonopolgesetzes, also täglich etwa 10 Fälle aufgedeckt worden. Es handelt sich dabei um eine Gesamtmenge von 61 000 Hektoliter Weingeist und um eine hinterzogene Abgabesumme von 15 Millionen Mark. Der Berichterstatter kam zu dem Schluß, daß gegen die raffinierten Methoden des Schmuggels und der Schiebungen nichts anderes übrig bleibe, als eine möglichst scharfe Kontrolle und eine absolute Verschärfung der — in anderer Hinsicht viel späteren — Strafen. Der Ausschuß vertagte sich dann bis gegen Ende der Sommerferien.

Lessing wegen Plagiats vorbestraft?

Im Preußischen Landtag ist folgende völkische Anfrage eingegangen: „In Nr. 146 des „Deutschen Tageblatts" vom 25. Juni 1926 wird die schon vor einiger Zeit aufgetauchte Behauptung wiedergegeben, daß Professor Lessing wegen Plagiats (Verletzung des geistigen Urheberrechts) vorbestraft sei. Prof. Lessing hat, soweit wir feststellen konnten, zu dieser Meldung in der Oeffentlichkeit bisher nicht Stellung genommen. Wir halten eine Klarstellung von amtlicher Stelle für dringend erforderlich und fragen daher: 1. Ist dem Ministerium von einer Verurteilung des Prof. Lessing wegen Plagiats etwas bekannt? 2. Ist das Ministerium bereit, Erkundigungen darüber einzuziehen, ob der Vorwurf begründet ist? 3. Was gedenkt das Ministerium zu tun, falls der Vorwurf der Wahrheit entspricht?"

Ungleiches Schulgeld.

Die Abgg. Gaudig, Neukölln, Dr. Weissmann und Dr. Kaufmann von der Deutschnationalen Fraktion des Preußischen Landtags verweisen in einer kleinen Anfrage darauf, daß die Stadt Berlin beschlossen hat, das Schulgeld an ihren höheren Lehranstalten je nach dem Vermögen der Eltern zu staffeln, während die staatlichen Anstalten gezwungen seien, die vorgeschriebenen Einheitssätze zu erheben. Dadurch entstehe die Gefahr, daß bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen zahlreiche Schüler aus finanziellen Gründen aus den staatlichen Anstalten nach den städtischen abwanderten, so daß die städtischen entvölkert würden. Das Staatsministerium wird gefragt, was es zu tun gedenke.

— Bekanntlich hat Berlin ein rotes Stadtparlament. Da kann man sich über unzweckmäßige Maßnahmen nicht wundern. Zugleich aber bekommt man einen Vorgeschmack von dem, was alles kommen konnte, wenn am 20. Juni die zweite Revolution siegte.

Lärm im Prager Senat.

Als gestern im Prager Senat der Vorsitzende dem Senator Klofatsch das Wort erteilte, begannen die Kommunisten zu lärmen Sie trommelten im Takt auf die Pulte und veranstalteten auf Kindertrompeten und Pfeifen eine ohrenbetäubende Musik. Der Senator Chlumacky blies auf einem Signalhorn und zeigte im Saale ein die katholischen Priester verunglimpfendes Bild herum. Der Vorsitzende läutete ununterbrochen, ermahnte zur Ruhe und ersuchte um Beseitigung der unzulässigen Bilder und Plakate. Unter großem Schreien und Lärmen wurden die Referate erstattet. Etwas mehr Ruhe trat ein als die Debatte begann.

Zu viel verlangt.

Der Dollar: „Ich hebe alles!"

Briand: „Heben Sie doch mal den Frank!"

Berliner Schattenrisse.

Hundeschau am Kaiserdamm — Prinzeß Nini — Das „schwarze Geschlecht" im Film — Lebende Tiere auf der Bühne — Rokokokatzen und zahme Aeffchen — Boxkampfseminizzenzen — Der „fürchterliche Türke" — Kulturgeschichte im Kleinen.

Wie durch ein Wunder scheint plötzlich der Regenvorhang, der seit Wochen über Berlin hing, zurückgezogen: die Stadt ist neu erwacht, alles steht blank und frisch aus; wie von Heinzelmännchen herbeigezaubert stehen Tische und Stühle vor den Cafés auf der Straße, Lampions in bunten Farben schaukeln darüber und wetteifern mit dem schönsten Lampion am Himmel, dem Vollmond, einem gänzlich in Vergessenheit geratenen Requisit aller Liebenden. Ganze Festserien prasseln über die Stadt, ein Sommernachtstraum jagt den andern, „Heute Nacht im Funkhaus", „Alpenschau am Kaiserdamm", „Großes Sommerfortfest", man weiß nicht, wo anfangen und aufhören, denn es eilt ja wirklich, den Sommer nachzuholen, nachdem die Sommersonnenwende überschritten . . .

Einen Riesenzulauf hatte trotz des Regens die große Hundeausstellung draußen am Kaiserdamm, ein Glanzpunkt unter den Ausstellungen der großen Autohallen, reich an noch nicht dagewesenen Raritäten; die größte Sensation war der „Kerry Blue Irish Terrier", eine vollkommen neue Hunderasse, von ausgesprochen blauer Farbe mit lohfarbenen Extremitäten, ein possierliches Tier. Nachdem man diesen „Clou" absolviert hatte, ging's weiter an den Ständen entlang unter ohrenzerreißendem Gekläff von 1400 aufgeregten Vierbeinern, ein gemischtes Konzert von dem tiefen Baß der prachtvollen getigerten deutschen Doggen bis zur zarten Fistelstimme der winzigen japanischen Palastfündchen. Diese Miniaturhunde boten ein Schauspiel für sich, ihre Käfige dem Farbton der Hündchen entsprechend mit rosa, hellblau oder lila ausgeschlagen, und mit Spitzengardinen verhängt! „Bubi", ein schwarzweißer Zwergspitz, ruhte in einer altrosa Kemenate, stolz neben sich sein Ehrenpreis, ein silbernes Besteck in eleganter Aufmachung! „Mafra von Lietzensee", eine reizende schwarzweiße japanische Chindame, machte unausgesetzt laut kläffend hübsch, um aus ihrem purpurroten Gefängnis erlöst zu werden. Bitterböse schauten Tai-Tai, Toki, Prinzeß Fumi aus ihren Palästen. Den größten Zulauf aber hatte Nini, eine vierjährige Malthesierin: aus dem schneeigen Gelock ihrer langen Haare schauten tiefbraune Aeugelchen und ein winziges Mäulchen; im Hochgenuß ihrer Schönheit thronte Nini auf weichem Daunenpfühl und nahm huldvollst die Komplimente unablässig vorüberdrängender Verehrer entgegen. Wunderbare Barsoys tänzelten hochmütig vorüber, und der Modehund des 18. Jahrhunderts, der Mops, erschien in mehrfacher Variation; wenn Maud, der Stolz der Edelmopszucht von Berzschlok, „alle Rennie" auf einmal wirft, so scheint eine Wiederbelebung des ausgestorbenen Mopsgeschlechtes bevorzustehen. Die Nebenausstellungen „Der kranke Hund", „Der Hund in der Kunst und seine Verwendung" boten dem Tierliebhaber manche wertvolle Anregung.

Wer statt der zahmen mehr wilde Tiere und wilde Menschen liebt, der kommt in dieser Woche in Berlin ebenfalls auf seine Kosten. Zwei Afrikafilme rollen über die Leinwand: im „Capitol" läuft „Das schwarze Geschlecht", ein Film, der auf der Citroën-Expedition durch Afrika entstand; aus der Fülle der Aufnahmen (15 Skizzenbücher, 8000 Photos, 3000 Meter Filmband) hat Hans Brodnitz sieben Akte von etwa 2000 Meter zusammengestellt. Im Gegensatz zum „Abessinienfilm", der zurzeit im Gloriapalast läuft, schildert dieser Film den Menschen, wie er in den noch wenig bekannten Gegenden Innerafrikas lebt. Was man in Indianerbüchern oder phantastischen Erzählungen gelesen hat, das wird hier lebendig, wir sind mitten unter dem schwarzen Geschlecht, wenn es seine Feste feiert, wir hören die seltsamen, undefinierbaren Töne der Negermusik im Orchester, und wir sehen sie „tanzen", diese prachtvollen schwarzen Tiermenschen, denen der Rhythmus im Leibe sitzt, die tanzen und wieder tanzen, ganz gleich, ob Hochzeit gefeiert oder ein Toter zu Grabe getragen wird.

Reiz aufs tierische eingestellt ist der „Tierfang in Abessinien", eine filmische Darstellung der afrikanischen Expedition, von welcher der Berliner Zoo einen so wertvollen Zuwachs seiner Bestände erhielt. Dr. Heck, der Sohn des „alten Heck" (Direktors des Berliner Zoo), spricht als Einleitung von den Erlebnissen seines Tierfanges in kurzen einfachen Worten. Und dann rollt dieser prachtvolle Film: wundervolle Landschaftsbilder tun sich auf, Steppen, Steppenwälder, Urwälder, riesige Seen, steinstarrende Gebirge . . . das ist das alte Aethiopien. Herrliche Tiere erscheinen in dieser Landschaft; die eleganteste Silhouette des Vogel Strauß hebt sich vom schimmernden Horizonte, scheußliche Aasgeier zerfleischen verendetes Wild, und die enormen Ungeheuer der Seepferde tauchen aus der endlosen Fläche der weiten Seen; man erlebt den Tierfang selbst, mit unendlicher Sorgfalt löst Dr. Heck ein schlankes Gazellenfräulein aus dem Netz, ein Geschöpf von geradezu rührender Anmut; Schlangen werden überlistet, und die wütende Hyäne gebändigt; die Hauptanziehung bilden die riesigen Affenherden, die auf den Köder hin in Scharen von dem kahlen Gebirge herabsteigen und in großen Massen nach Europa transportiert werden. (Heute der Hauptschlager des Berliner Zoo!) Zum Schluß wird dem Sensationsbedürfnis der Zuschauer noch ein ganz besonderer Leckerbissen serviert, indem einige der Hauptdarsteller des Films in Natura auf der Bühne erscheinen! Zwei lustige Aeffchen, die sofort anfangen mit den Musikern zu kokettieren, ein Gepard und ein Leopard, und schließlich ein würdevoller Hornrabe... Die Tiere scheinen sich vollständig eingewöhnt zu haben, und der Anblick des Menschen flößt ihnen weder Schrecken noch Staunen ein; wenn sie sogar die Lakaien des Gloriapalastes in Rokokokostüm und weißen Perücken als ein Naturprodukt hinnehmen, so sind sie wirklich „kulturreif"! Unter dem Jubel der Zuschauer werden sie schließlich von dem guten alten Affenvater des Zoo, Herrn Liebtreu, abtransportiert.

Ein Ereignis in der Chronik des Boxsports, ein Erlebnis für die Tausende und Abertausende, die am 18. Juni in die Treptower Rennbahn hinausfuhren, war der Kampf um die Deutsche Meisterschaft im Schwergewicht zwischen Franz Diener und Samson-Körner, ein Kampf zwischen Alter und Jugend, wie er erbittterter seit langem nicht gekämpft worden ist. Der dreiundzwanzigjährige Diener, seit dem unentschiedenen Kampfe mit Paolino lorbeerbekränzt, Favorit, und schon beinahe weltberühmt, ist mit dem blauen Meisterschaftsgürtel geschmückt aus der Schlacht hervorgegangen! Ein grandioses Bild war dieser Kampf unter freiem Himmel, unter den Augen von 15 000 aufgeregten Zuschauern, die mit jeder Runde leidenschaftlicher in das Schauspiel eingriffen; aufflackernde Rufe gellten durch die Luft. „Feste, Franz!" brüllt einer; „gib's ihm ordentlich, Samson!" Viermal muß der erfahrene Kämpe Samson zu Boden, viermal erhebt er sich mit übermenschlicher Energie, Dieners rechtes Auge ist blutend geschlossen, aber der Kampf geht weiter 15 Runden hindurch . . . Ein Schauspiel für sich bietet der „fürchterliche Türke", Dieners Manager Sabri Mahir. Wie ein mysteriöser Dämon sitzt er in seiner Ecke und wirft aufreizende, ermutigende Worte zu dem kämpfenden Diener; als ihn jemand auf das Unzulässige seines Benehmens aufmerksam machte, hatte er die Faust des Türken im Gesicht, daß er zurücktaumelte! Als der neue deutsche Meister den Ring verließ, gingen die Wogen der Erregung auf Siedehitze, man pfiff und beklatschte den besiegten Samson, über dessen wirkliche Niederlage die Meinungen stark differierten; draußen gingen die Debatten weiter. „Det soll Deutschlands Dempsey sein?! Det is ja bloß eine aufgezogene Defensfopuppe!" wütete eine empörte Stimme. „Mein Herz schlägt für Diener", flötete ein zierliches Dämchen. Sausende Stadt- und Ringbahnzüge trugen aufgeregte Menschenmassen heimwärts; es war ein Kampftag, ebenso groß für die Akteure wie für die Zuschauer.

Kulturgeschichte im Kleinen konnte man an der Uhrensammlung des Barons von Korff studieren, die bei Rudolf Lepke ausgestellt war; vom 18. Jahrhundert bis in die Vorkriegszeit ließ sich der Zeitgeist an den 271 Exemplaren ablesen. Die figürlichen Deckelbildchen in Gold und Emaille zeigten Grazie und Erotik des Rokoko: flötenspielende Schäfer, sentimentale Liebespärchen, galante Szenen schwebten ins Rhythmus Mozartscher Melodien an dem entzückten Auge vorüber. Einfacher gibt sich die neue Zeit, Bilder und Allegorien verschwinden, und nur das stolze Wappenemblem derer von Korff erscheint als einziger Zierrat ziselliert auf dem Deckel der großen und kleinen Taschenuhren . So ändern sich die Zeiten! Dr. A. von Oertken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260627016/fragment/page=0002